

GEOPOLITIK, HANDEL, RECHTSRUCK: MEHR HANDELSABKOMMEN SIND KEINE ANTWORT AUF KRISEN

Von
Theresa Kofler

„Geopolitische Notwendigkeit“ gilt gerade als Legitimation für das hohe Tempo in der EU-Handelspolitik. Auch bei österreichischen Politiker:innen verfängt dieser Zugang. Dabei hat gerade jene neoliberale Form der Handelspolitik entscheidend zu Klimakrise, sozialer Ungleichheit, Demokratieverlust und Rechtsruck – und damit geopolitischer Instabilität – beigetragen. Ein Kurswechsel ist überfällig.

EU-Mercosur, EU-Mexiko, EU-Indonesien, EU-Vereinigte Arabische Emirate, EU-Indien, EU-Malaysien, EU-Thailand, EU-Australien – die Liste der Handelsabkommen, welche die EU dieses Jahr abgeschlossen hat, voranbringen oder noch abschließen möchte, ist so lange und ambitioniert wie noch nie. Doch diese Vorgehensweise ist gefährlich kurzsichtig.

Kein Wohlstand für alle

Die neoliberale Globalisierung hat das Versprechen „Wohlstand für alle“ klar gebrochen. Ihre größten Profiteure gehören nach Milanović¹ zum reichsten 1% der Weltbevölkerung. Diese Profite fließen dann auch wieder in politische Einflussnahme zum weiteren Ausbau genau dieser Globalisierung. Die Kehrseite ist laut Milanović, dass die Mittelschicht in den OECD Staaten zu den Verlierer:innen dieser Entwicklung zählt: besonders niedrig qualifizierte Arbeit wurde zunehmend in Länder mit billigeren Löhnen und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in den Peripherien ausgelagert.

Beispielhaft dafür ist der Textilcluster in Vorarlberg², der sich fast komplett gewandelt hat. Die Textilproduktion (Schneider:innen, Näher:innen, Maschinenarbeiter:innen) wurde in den globalen Süden verlagert, während vor Ort jetzt vor allem Maschinen, Metall und Elektronik produziert werden. Oder Jobs, die Faber Castell von Oberöster-

reich nach Peru umzieht³. Große Konzerne wie Lenzing⁴ oder die Voestalpine⁵ verlagern strukturell einfachere Arbeitsschritte in den globalen Süden, beliebt sind Indien, China und Brasilien.

Das Problem verschärft sich dadurch, dass viel zu wenig ausgleichende Entwicklungen im globalen Norden wie Österreich stattfinden. Während neoliberale Globalisierung zur Schaffung eines Niedriglohnssektors im Dienstleistungsbereich beiträgt⁶, wird der Sozialstaat im Zuge von neoliberalen Sparmaßnahmen zunehmend abgebaut. Darunter fallen die Klassiker von Uber⁷ bis Foodora⁸, aber auch DHL⁹, die REWE-Group bis hin zur Reinigungsbranche¹⁰. Nicht nur wurde hier zu wenig aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben, sondern der Staat gleicht das Problem auch nicht durch breiter angelegte Sozialpolitik aus. Im Gegenteil, die Tendenz in Österreich und Europa geht überall Richtung Abbau eines starken Sozialstaats.

Globalisierung und Rechtsruck

Dadurch entstehen materielle und immaterielle Sorgen unter Bürger:innen westlicher Demokratien, die sich in rechtsextremem Wahlverhalten widerspiegeln. Die Entwicklungen im Rust Belt der USA, einer de-industrialisierten Region, in der viele Menschen unter Arbeitsplatzunsicherheit oder Arbeitslosigkeit leiden, sprechen für sich: Donald Trump hätte ohne die Stimmen die-

**Globalisierung
hat ihre
Versprechen
gebrochen.**

Rechtspopulistische Parteien profitieren von Globalisierungs-Verlierern.

ser Menschen keine Wahlerfolge gefeiert. In [Österreich](#) sind zwischen 1995 und 2017 43% des Stimmenzuwachses rechtspopulistischer Parteien mit dem Job-Rückgang im verarbeitenden Sektor zu erklären¹¹.

Somit ergibt sich ein direkter (wenn auch nicht ausschließlicher) Zusammenhang zwischen neoliberaler Handelspolitik, Abwanderung von Jobs, Jobunsicherheit und dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien. Genau jene rechtsextremen Parteien verfolgen eine Politik auf der Weltbühne, die (Handels)kriege führt und multilaterale Institutionen, die Menschenrechte und Klima schützen, schwächt. Zentral sind hier die USA, die sowohl für völkerrechtswidrige Angriffe auf Venezuela oder den Iran verantwortlich sind, als auch aus dem Pariser Klimaschutzabkommen ausgestiegen sind, kaum noch Gelder an die UNO zahlen, den UN-Sicherheitsrat blockieren, zahlreiche UN-Konventionen entweder nicht beitreten oder nicht ernstnehmen und im letzten Jahr zahlreiche Handelskriege angezettelt haben. Doch auch andere, wie Russland durch seinen Angriff auf die Ukraine und Blockadeverhalten im UN-Sicherheitsrat, Ungarn (noch unter Orban) durch seine Anti-EU Politik, oder Argentinien durch Milei, der sowohl den Austritt aus dem Mercosur Raum als auch dem Pariser Klimaschutzabkommen mehrfach angedroht hat, tragen zu dieser Tendenz bei.

Die genannten Abkommen und Institutionen verlieren dadurch teilweise gänzlich ihre Wirkkraft: Der UN-Sicherheitsrat ist machtlos, wenn völkerrechtswidrig Kriege begonnen werden. Oder der globale Klimaschutz mit seinen zentralen Zielsetzungen erleidet einen massiven Rückschlag. An die Stelle globaler Zusammenarbeit tritt das Recht des Stärkeren.

Made in Europe nicht möglich

Gleichzeitig werden durch neoliberale Handelsabkommen die politischen Handlungsspielräume für regionale und nationale Regierungen kleiner, um genau diesen negativen Effekten zu kontern. Ein weiteres Problem, das gerade immer deutlicher wird, ist der Bereich der öffentlichen Beschaffung. Die meisten Abkommen öffnen den Sektor der öffentlichen Beschaffung für Konzerne aus der jeweils anderen Region, was den Zugang für lokale kleine und mittelständische Unternehmen erschwert.

Der aktuelle Diskurs um „Made in Europe“ ist eng an öffentliche Beschaffung geknüpft, denn europäische Regierungen wollen über ihre eigene Beschaffung den „Made in Europe“ Trend stärken. Durch öffentliche Aufträge sollen Unternehmen aus der Region gestärkt bzw. neue Industrien gefördert werden, die als zentral für gesellschaftlich wünschenswerte Entwicklungen gesehen werden. Dadurch sollen einerseits Abhängigkeiten reduziert, aber auch Industriepolitik vorangetrieben werden. Der Ausbau bestimmter Sektoren könnte auch zu Jobs, zur Schaffung lokaler Wirtschaftskreisläufe und zu sinnvollem Wachstum in diesen Branchen führen. In Österreich könnte das beispielsweise die Bahnindustrie werden¹².

Doch gerade solche Ansätze könnten unterwandert werden, wenn die öffentliche Beschaffung hier keine Bevorzugung für lokale Unternehmen machen darf, sondern Aufträge international ausschreiben und vergeben muss. Jedes weitere Abkommen mit einem solchen Kapitel erhöht damit die Zahl der potenziellen Bewerber um ein öffentliches Projekt, und steht in direktem Widerspruch zu „Made in Europe“ Ansätzen, die darauf abzielen sollten, die europäische Resilienz zu erhöhen.

Neoliberale Handelsabkommen verkleinern politische Handlungsspielräume.

Und dann klagen die Konzerne

Zunehmend einschränkend für den nationalen Policy Space werden auch Klagen im Rahmen des sogenannten „Investor-State-Dispute-Settlement“ (kurz ISDS). Viele bilaterale Investitionsabkommen und Handelsabkommen beinhalten diesen „Streitbeilegungsmechanismus“, der es ausländischen Konzernen ermöglicht, bei neuen Gesetzen und Regulierungen, die sich negativ auf den Profit auswirken, vor einem internationalen Tribunal Klage einzureichen – anstatt den nationalen Weg zu gehen, den nationale Konzerne in so einer Situation auch gehen müssten.

In den letzten Jahren hat insgesamt die Zahl dieser Klagen zugenommen – und sie betrifft de facto alle gesellschaftlich relevanten Bereiche. Konzerne klagen gegen Klimaschutzmaßnahmen wie Kohle- oder Atomausstieg; bei Übergewinnsteuern oder Preisdeckeln; bei Sanktionen oder bei Cybersecurity.¹³ Während in etwa die Hälfte der Fälle im Interesse der Investoren ausgehen¹⁴, belaufen sich die Probleme des Mechanismus nicht nur auf ausgetragene Fälle, die Fallkosten und im Zweifel Zahlungen – sondern auch auf den sogenannten „chilling“ Effekt. Dieser beschreibt die Tatsache, dass Regierungen Maßnahmen aus Sorge vor Klagen damit erst gar nicht ergreifen. Berichten zufolge dauerte beispielsweise der deutsche Kohleausstieg so lange – und war so teuer für die Steuerzahler*innen – weil der Staat noch teureren ISDS-Klagen vorbeugen wollte¹⁵. Auch hier gilt demnach: jedes neue Abkommen mit ISDS (aktuell etwa mit Mexiko, Singapur und Vietnam), verlängert die Liste der Konzerne, die Österreich für soziale oder ökologische Maßnahmen verklagen könnten.

Rohstoffhunger und keine Entwicklungspolitik

Eine weitere Einschränkung gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen, die mit vielen Handelsabkommen einhergeht, sind Verbote von Exportbeschränkungen, nationaler Bevorzugung oder andere entwicklungspolitische Maßnahmen. Diese fallen negativ ins Gewicht, wenn Staaten beispielsweise durch vertikale Integration ihre eigene Wirtschaft entwickeln möchten und eine notwendige Voraussetzung dafür ist, Rohstoffe im Land billiger als für den Export zur Verfügung zu stellen. Mit dem geplanten EU-Indonesien Abkommen, das die oben genannten Regelungen enthält, wird dies für das asiatische Land keine Option mehr sein¹⁶. Oder

GLOBALISIERUNGSKOMPASS

Orientierungshilfe für eine gerechte Weltwirtschaft

Herausgeberin: AK Wien, Abteilung EU & Internationales



In 28 Beiträgen und 40 Grafiken zeichnet der Globalisierungskompass eine vielschichtige Landkarte der Herausforderungen der Globalisierung und zeigt verschiedene Wege und Ansatzpunkte für eine gerechte Weltwirtschaft auf. Seit 100 Jahre kämpft die Arbeiterkammer für Gerechtigkeit – und zwar weit über die Grenzen Österreichs und Europas hinaus.

Ein Druckexemplar bestellen oder online lesen unter:
www.arbeiterkammer.at/globalisierungskompass

durch den Wegfall von Einnahmen durch Exportzölle, wie sie beispielsweise infolge des EU-Mercosur-Abkommens für Argentinien Sojaexport entstehen werden¹⁷.

Gleichzeitig ist gerade der Rohstoffhunger der EU ein wichtiger Treiber für die aktuelle Handelspolitik. Während die EU im ‚Critical Raw Materials Act‘ ihren Bedarf an kritischen mineralischen Rohstoffen in den nächsten Jahrzehnten festlegt und auch mehr Abbau auf europäischem Boden fordert, werden weiterhin 90% aus Drittstaaten importiert werden (müssen). Fast alle neuen Abkommen beinhalten ein „Energy and Raw Materials Chapter“, das den Handel mit Rohstoffen regelt. Es ist insgesamt davon auszugehen, dass der Abbau von mineralischen Rohstoffen zunehmen wird. Der Bergbausektor gilt weltweit als einer der sozial und ökologisch riskantesten, da sowohl guter Arbeits- als auch Umweltschutz teuer sind und insbesondere Regelungen im globalen Süden häufig als mehr als unzureichend gelten. Alle genannten Handelsabkommen setzen keine Maßnahmen, um sozial und ökologisch gerechten Bergbau zu fördern.

Klimakrise wird angeheizt

Noch dramatischer stellen sich die Zusammenhänge zwischen internationaler Handelstätigkeit und Klimakrise dar. Alleine der Transport von Gütern um die ganze Welt macht ca. 5% der globalen Treibhausgas-Emissionen aus. Laut [IPCC](#) sind ca. 25 % der globalen Emissionen direkt oder indirekt mit globalem Handel verbunden¹⁸.

Ein detaillierter Blick auf die existierenden Handelsabkommen der EU macht deutlich, dass Handelsbarrieren vor allem für klimaschädliche Produkte abgebaut werden. Darunter fallen aber nicht nur das viel diskutierte argentinische Rindfleisch und deutsche Au-

tos so wie Pestizide, sondern auch indonesisches Palmöl, indische Fast Fashion, italienische und mexikanische Autos, brasilianisches Leder und dänisches Milchpulver. Es gibt kein einziges Handelsabkommen, das gezielt den Handel mit Solarpanelen, E-Bussen, Lastenfahrrädern, Wärmepumpen oder Bewässerungsinfrastruktur fördern würde.

In der Theorie sollten die für alle Abkommen verpflichtenden „Nachhaltigkeits-Folgen-Abschätzungen“ (SIA) dazu beitragen, dass die negativen Klimaeffekte auch entsprechend in die Aushandlung um die Abkommen integriert werden. Diese Analysen errechnen – trotz oberflächlicher Methoden – regelmäßig einen Anstieg der Treibhausgase, der allerdings angesichts der globalen Treibhausgasemissionen kleingeredet wird. Dabei müssen wir davon ausgehen, dass ein globaler Anstieg von Handelsströmen die Effekte noch verschärfen wird – ein Fakt, den diese Analysen ausnahmslos ignorieren.

Viele neuere Abkommen beinhalten ein sogenanntes Nachhaltigkeitskapitel, in dem viele Klima-Schlagwörter genannt sind. Tatsächliche Sanktionen für den Fall von Abweichungen von den Pariser Klimazielen sind aber nicht festgelegt. Angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise sollte die Frage jedoch nicht lauten, ob der Anstieg von Treibhausgasen angesichts des Gesamtausstoßes signifikant ist, sondern ob das Abkommen aktiv zum Klimaschutz beiträgt.

Mehr Handelsabkommen gießen Öl ins Feuer

Die Erfahrungen von 30 Jahren neoliberaler Globalisierung machen deutlich: Handelsabkommen können die Krisen des 21. Jahrhunderts nicht lösen, sondern befeuern diese noch. Die Instrumentalisierung der geopolitischen Lage zur Legitimation

Verbote von Exportbeschränkungen, nationaler Bevorzugung oder andere entwicklungs-politische Maßnahmen hemmen wirtschaftliche Entwicklung von Nationalstaaten.

weiterer neoliberaler Handelsabkommen erhöht die Gefahr, dass wir immer weiter in die Krise schlittern. Bemerkenswert ist nämlich auch, dass die EU anstatt mehr ausgleichende Schutzmaßnahmen einzubauen, um negative Effekte abzufedern, genau das Gegenteil tut: die neuen Abkommen, beispielsweise mit Indien, beinhalten kaum soziale und ökologische Schutzmaßnahmen. Außer Acht gelassen wird außerdem die Frage, wie sich die Effekte so vieler neuer Handelsabkommen gegenseitig beeinflussen werden.

Perspektivenwechsel notwendig

Wer angesichts dieser deutlichen Dynamik unter dem Deckmantel angeblich geostrategischer Notwendigkeiten reflexhaft nach neuen Handelsabkommen der alten Art ruft, argumentiert gefährlich kurzfristig. Denn die Alternative zur heutigen Handelspolitik ist keineswegs Abschottung, sondern eine andere Form von Zusammenarbeit, Austausch und globaler Verantwortung.

Ca. 25 % der globalen Emissionen sind direkt oder indirekt mit globalem Handel verbunden.

Entscheidend ist nicht, ob Länder miteinander Handel treiben, sondern was gehandelt wird, nach welchen Regeln dieser Handel zustande kommt, wer von ihm profitiert und wer die Risiken trägt. Gerade in einer Zeit multipler Krisen muss Handelspolitik daran gemessen werden, ob sie Abhängigkeiten reduziert statt vertieft, Versorgungssicherheit stärkt statt Erpressbarkeit erhöht und gesellschaftliche Resilienz aufbaut. Leitend müssen die Fragen sein: Verbessert der Austausch von Waren und Dienstleistungen die Arbeitsbedingungen von Menschen? Trägt er zur Eindämmung der Klimakrise bei? Stärkt er Menschenrechte, Ernährungssouveränität und eine demokratisch abgesicherte Energiewende? Ermöglicht er eine sozial gerechte Mobilitätswende?

Es gibt Alternativen

Es gibt Alternativen: Abkommen, die soziale, ökologische und demokratische Kooperation in den Mittelpunkt stellen, können internationale Beziehungen tatsächlich verbessern.

Dafür braucht es **erstens** deutlich transparentere und demokratischere Prozesse. Statt jahrelang hinter verschlossenen Türen hunderte Seiten umfassende Vertragswerke zu verhandeln, die Parlamente und Zivilgesellschaft erst nach Abschluss zu Gesicht bekommen, braucht es flexible sektorale Vereinbarungen, klare öffentliche Mandate und echte Mitsprache.

Zweitens muss Wertschöpfung wieder stärker vor Ort stattfinden. Das betrifft Landwirtschaft, Energieversorgung und industrielle Entwicklung gleichermaßen. Öffentliche Güter und zentrale Infrastrukturen müssen öffentlich, demokratisch organisiert und regulierbar bleiben, damit gesellschaftliche Interessen Vorrang vor kurzfristigen Marktlogiken haben.

Drittens würde eine Priorisierung auf Klimaschutz und Menschenrechte bedeuten, dass diese Themen nicht in einzelnen unsaktionierbaren Kapiteln abgearbeitet werden, sondern alle Kapitel sich an diesen Zielen orientieren müssen. Handel muss beispielsweise zu einer Energiewende oder Mobilitätswende in beiden Regionen beitragen; Handel muss Ernährungssouveränität und kleinbäuerliche Landwirtschaft ermöglichen; Handel muss gute Jobs schaffen; Handel darf indigene Rechte nicht gefährden.

Gerechter Welthandel ist deshalb keine Verzichtserzählung. Er kann Lieferketten robuster machen, regionale Ernährungssysteme

Alternativen fokussieren auf nachhaltige Regionalisierung und internationale Solidarität.

stärken, die Dekarbonisierung beschleunigen und nachhaltige Partnerschaften schaffen. Handelspolitik betrifft nahezu alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche.

Ausblick

Seit Beginn der neoliberalen Globalisierung setzt sich die globale Zivilgesellschaft für gerechten Welthandel ein. So etwa 1999 bei den Verhandlungen der Welthandelsorganisation in Seattle, mit der Stop-GATS-Kampagne (globales Abkommen zum Handel von Dienstleistungen), gegen Handelsabkommen wie TTIP (EU-USA) und CETA (EU-Kanada) oder zuletzt EU-Mercosur und für einen Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag (ECT). Wir organisieren uns in Österreich in der Plattform Anders Handeln, in Deutschland im Netzwerk Gerechter Welt-

handel und in der EU über die European Trade Justice Coalition. Wir recherchieren die intransparenten Verhandlungsprozesse, wir erarbeiten Materialien, informieren Presse und Unterstützer*innen, treffen uns mit Entscheidungsträger*innen - alles mit dem Ziel, neoliberale Abkommen zu stoppen und eine Kehrtwende hin zu gerechter Handelspolitik einzuleiten. In den nächsten Monaten werden wir uns auf die Abkommen mit Indonesien, Indien, Australien und den USA fokussieren. Informiert euch bei uns und macht mit!

Theresa Kofler, Koordinatorin der Plattform „Anders Handeln“, theresa.kofler@anders-handeln.at

- 1 Branko Milanović (2020): Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht.
- 2 Renate Graber (2023): Vorarlberg: Das Land, das vom Spinnen zum Dimmen kam <https://www.derstandard.at/story/3000000182566/vorarlberg-das-land-das-vom-spinnen-zum-dimmen-kam>
- 3 Philipp Stadler (2025): Faber-Castell sperrt Werk in Oberösterreich zu. <https://www.krone.at/3924451>
- 4 Kurier (2025): Kahlschlag bei Lenzing: Abbau von 600 Jobs beschlossen <https://kurier.at/wirtschaft/lenzing-jobabbau-arbeitsmarkt-industrie-oberoesterreich/403088580>
- 5 VoestAlpine 24/25: <https://reports.voestalpine.com/2425/gb/konzernlagebericht/nichtfinanzielle-erklaerung/allgemeine-informationen/esrs-2-strategie/sbm-1-strategie-geschaeftsmodell-und-wertschoepfungskette.html>
- 6 Sandra Leitner & Alireza Sabouniha (2024): Offshoring, technological change, labour market institutions and the demand for typical and atypical employment in Europe. <https://wiw.ac.at/offshoring-technological-change-labour-market-institutions-and-the-demand-for-typical-and-atypical-employment-in-europe-dlp-7089.pdf>
- 7 Koss (2025): Komplexes Geflecht gegen Arbeitsrechte <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1192637.plattformoekonomie-komplexes-geflecht-gegen-arbeitsrechte.html>
- 8 Theresa Goisauf (2024) Plattformarbeit: Ein Blick über den Tellerrand <https://ak-aktuell.at/themen/arbeit/plattformarbeit-ein-blick-ueber-den-tellerrand> <https://ak-aktuell.at/themen/arbeit/plattformarbeit-ein-blick-ueber-den-tellerrand>
- 9 Johannes Greß (2023): Unmenschliche Arbeitsbedingungen: Studie zeigt Schattenseiten der Paketdienste. <https://www.arbeit-wirtschaft.at/paketdienste-arbeitsbedingungen-zusteller-amazon-post-dpd-dhl-gls/>
- 10 Arbeiterkammer Wien (2023): Reinigungsbranche: Nicht alles ganz sauber? https://wien.arbeiterkammer.at/service/presse/Reinigungsbranche_unter_der_Lupe.html
- 11 Karim Bekhtiar (2023): The decline of manufacturing employment and the rise of the far-right in Austria, Working Paper, No. 2309, Johannes Kepler University of Linz, Department of Economics, Linz <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/289842/1/1885395167.pdf>
- 12 Mobilitätswende Produzieren (2025) <https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/umweltundverkehr/verkehr-und-mobilitaet-mobilitaetswende-produzieren/Mobilitaetswende.html>
- 13 Eine umfassende Sammlung von Fällen ist hier <https://10isdstories.org/> zu finden.
- 14 UNCTAD (2024): https://unctad.org/system/files/official-document/diaepcbinf2024d5_en.pdf
- 15 Powershift (2021): <https://power-shift.de/en/warum-der-deutsche-kohleausstieg-so-kompliziert-und-teuer-ist-neue-dokumente-zeigen-befuerchtungen-der-bundesregierung-vor-energiecharta-klagen/>
- 16 European Commission (2025): https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/indonesia/eu-indonesia-agreements/key-elements-eu-indonesia-trade-agreement-and-investment-protection-agreement_en
- 17 Powershift (2025): https://power-shift.de/wp-content/uploads/2025/07/PowerShift_Handelspolitik_EU-Mercosur-Abkommen-ante-portas.pdf
- 18 IPCC (2021): <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg3/chapter/chapter-2/>



BESTELLEN!

Unter
https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/eu/infobrief/EU_Infobrief.html

können Sie den EU-Infobrief
kostenlos bestellen.

infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der EU-Infobrief erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene.

Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.

